

Ein welt- und technologieoffener Blick

- 18.06.2026
- Schaffhauser Nachrichten
- Von Thomas Hurter

Sessionsforum Stundenlange Diskussionen über «Blackout-Initiative» und Freihandelsabkommen Eine intensive Sessionszeit geht dem Ende entgegen. Es gab viele Themen, die je nach politischer Färbung als wichtiger oder weniger wichtig wahrgenommen wurden. Die sogenannte «Blackout-Initiative» und das Freihandelsabkommen mit den Mercosur-Staaten (Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay) gehören aber mit Sicherheit in die Kategorie «wichtige» Themen. Beide Themen wurden im Nationalrat über Stunden diskutiert. Bei der Behandlung der «Blackout-Initiative» gab es 99 Einzelrednerinnen und -redner, total 9 Stunden Reden.

Bei einer Volksinitiative dürfen alle dazu sprechen, egal in welcher Kommission sie sind. Sichere Energieversorgung wird matchentscheidend Die Volksinitiative «Jederzeit Strom für alle (Blackout stoppen)» verlangt, dass die Strom-Versorgung jederzeit sichergestellt wird und der Bund die dafür nötigen Verantwortlichkeiten festlegt. Zudem zielt sie darauf ab, dass alle klimaschonenden Arten der Stromerzeugung zulässig sind. Der indirekte Gegenvorschlag des Bundesrates setzt nicht auf eine Verfassungsänderung, sondern auf eine Änderung des Kernenergiegesetzes. Konkret soll das bestehende Rahmenbewilligungsverbot für neue Kernkraftwerke aufgehoben werden, damit die Kernenergie als Option für die langfristige Strom-Versorgung offengehalten wird.

Eine sichere Energieversorgung unseres Landes wird in naher Zukunft matchentscheidend sein. Die Welt von heute ist eine andere. Vier Faktoren haben die Energieproblematik angeheizt: die geopolitische Situation, das Bevölkerungswachstum, das Nichterreichen der klimapolitischen Ziele sowie das Treten an Ort bei den erneuerbaren Energien. Die Kernenergie in die Evaluation miteinbeziehen bedeutet keinen Angriff auf die erneuerbaren Energien, im Gegenteil, dies gibt uns mehr Flexibilität und Zeit, die erneuerbaren Energien voranzutreiben, zumal diese unverzichtbar sind und dementsprechend forciert werden müssen. Aktuell kommen wir nicht voran mit der Produktion im Winter, wir brauchen Bandström und wollen möglichst keine Importe.

Bei der Schlussab-Stimmung wird es um jede Stimme gehen. Wir können gespannt sein, ob eine Mehrheit bereit ist, technologieoffen zu bleiben oder nicht. Fokus nur auf Europa und USA ist schmerzlich Auch beim Mercosur-Freihandelsabkommen gab es und wird es noch hitzige Diskussionen geben. Leider haben wir in der jüngeren Vergangenheit mehr als einmal schmerzlich erfahren, was es bedeutet, den handelspolitischen Fokus vor allem auf Europa und die USA zu richten. Es ist unbestritten, dass wir auch Abkommen mit unseren direkten Nachbarn benötigen.

Dies schliesst aber nicht aus, dass wir zur Risikominimierung eine Strategie fahren, die auf unterschiedlichste Marktzugänge setzt. Eine Konzentration auf einzelne Player kann zu einem Klumpenrisiko führen. Aktuell befindet sich das Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und den Mercosur-Staaten in den Beratungen im Nationalrat. Das Abkommen verschafft Schweizer Unternehmen den Zugang zu einem Markt mit 270 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern und stärkt so die Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Wirtschaft. 2024 exportierte die Schweiz für mehr als 4 Milliarden Franken Waren in die Mercosur-Staaten.

Diese Staaten weisen ein enormes Wachstum auf und damit ein zusätzliches Potenzial für unser Land. Grundsätzlich geht es um Zollabbau und Reduzierung der technischen Handelshemmnisse. Im Gegenzug gewährt die Schweiz den Mercosur-Staaten insgesamt 25 bilaterale Importkontingente für sensible Agrar-Produkte, darunter Fleisch. Die meisten Kontingente sind beschränkt (unter 2 Prozent des Schweizer Gesamtkonsums oder im Umfang der derzeitigen Importe). Die Schweiz wird die Bewirtschaftung dieser Kontingente weiterhin autonom vornehmen können.

Das tönt sehr verlockend, dennoch ist es wichtig, dass die berechtigten Anliegen der produzierenden Landwirtschaft in der Schweiz berücksichtigt werden. Man wird nicht darum herumkommen, eine für die Schweizer Industrie und Landwirtschaft akzeptable Lösung zu finden. Die aktuell vorliegende Fassung bedarf daher noch einiger Verbesserungen. f♦ i Thomas Hurter Nationalrat Schaffhausen «Die Kernenergie in die Evaluation miteinbeziehen bedeutet keinen Angriff auf die erneuerbaren Energien.».